

Informationen & Recherchen

Der Staat gegen Judenhass Antisemitismusbeauftragte in Bund und Ländern

Bruno Hamm-Pütt | Andreas Jacobs



Inhaltsverzeichnis

| | |
|-------------------------------|----------|
| Bundesebene (Berlin) | 3 |
| Baden-Württemberg | 3 |
| Bayern | 3 |
| Berlin | 4 |
| Brandenburg | 4 |
| Bremen | 4 |
| Hamburg | 4 |
| Hessen | 5 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 5 |
| Niedersachsen | 5 |
| Nordrhein-Westfalen | 6 |
| Rheinland-Pfalz | 6 |
| Saarland | 6 |
| Sachsen | 6 |
| Sachsen-Anhalt | 7 |
| Schleswig-Holstein | 7 |
| Thüringen | 7 |
| Impressum | 9 |
| Die Autoren..... | 9 |

Die Bekämpfung des Antisemitismus wird zunehmend als staatliche Aufgabe verstanden. 14 der 16 Bundesländer sowie der Bund haben in den zurückliegenden Monaten Funktionsstellen geschaffen, die antisemitische Vorfälle registrieren und öffentlich machen sowie für Prävention Sorge tragen sollen. Das vorliegende Papier gibt einen Überblick über die betreffenden Positionen, Personen und Aufgaben.

Bundesebene (Berlin)

Die Einsetzung eines „Beauftragten für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus“ auf Bundesebene wurde im Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode von CDU/CSU und SPD beschlossen. Im Mai 2018 wurde dieser Beschluss mit der Berufung des Juristen und Diplomaten **Dr. Felix Klein** als **Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus** umgesetzt. Klein trat nach seinem Studium der Rechtswissenschaften 1994 in den Auswärtigen Dienst ein. Nach mehreren Posten im In- und Ausland war er von März 2014 bis April 2018 Sonderbeauftragter für Beziehungen zu jüdischen Organisationen und Antisemitismusfragen im Auswärtigen Amt.

Kleins Position als Beauftragter der Bundesregierung ist dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat angegliedert. Er wird unterstützt durch ein neu eingerichtetes Fachreferat „Bekämpfung Antisemitismus“. Aufgabe des Antisemitismusbeauftragten ist es, Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung von Antisemitismus ressortübergreifend zu koordinieren. Darüber hinaus gibt er Anstöße für Gesetzesänderungen, staatliche und nichtstaatliche Initiativen und ist in der Öffentlichkeit durch Veranstaltungen und medial präsent. Klein ist Ansprechpartner für jüdische Organisationen und koordiniert die Aktivitäten von Bund, Ländern und Zivilgesellschaft, u.a. im Rahmen einer ständigen Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten. Zu seiner Unterstützung wurde im September 2019 außerdem ein unabhängiger Expertenkreis – bestehend aus jeweils vier jüdischen und vier nicht-jüdischen Mitgliedern – einberufen, der als unabhängiges Fachgremium die Bundesregierung berät.

Baden-Württemberg

Als erstes Bundesland setzte Baden-Württemberg einen Antisemitismusbeauftragten ein. Im März 2018 berief der Landtag **Dr. Michael Blume** (CDU) zum **Beauftragten des Landes Baden-Württemberg gegen Antisemitismus**. Das Amt ist im Staatsministerium angesiedelt. Blume ist promovierter Religionswissenschaftler und verfügt über langjährige religionspolitische Erfahrung. 2010 übernahm er die Leitung der Stabsstelle der Staatsrätin für interkulturellen und interreligiösen Dialog. 2011 wurde er Leiter des Referats für Kirchen und Religion, Integration und Werte. Seit August 2016 ist er Leiter des Referats für Nichtchristliche Religionen, Werte, Minderheiten, Projekte im Nordirak.

In seiner Funktion als Landesbeauftragter koordiniert Blume ressortübergreifend Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus, ist Ansprechpartner und Vermittler für Antisemitismusbekämpfung in Bund, Land und Zivilgesellschaft und sensibilisiert die Gesellschaft für aktuelle und historische Formen des Antisemitismus durch Öffentlichkeitsarbeit sowie durch politische und kulturelle Bildung. Blume präsentierte im Juli 2019 einen ausführlichen Bericht zum Sachstand des Antisemitismus in Baden-Württemberg, der umfangreiche Handlungsempfehlungen enthält. Er ist außerdem mit zahlreichen Beiträgen sowie mit dem Podcast „Verschwörungsfragen“ im öffentlichen Diskurs zum Thema präsent. Sein besonderes Augenmerk liegt hierbei auf der digitalen Netzkultur und deren Bedeutung für die aktuelle Verbreitung antisemitischer Einstellungen und Verschwörungsmythen.

Bayern

Der Freistaat Bayern richtete im Mai 2018 die Stelle eines **Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe** ein. Als erster Beauftragter wurde der ehemalige Kultusminister **Dr. Ludwig Spaenle** (CSU) ernannt. Der promovierte Historiker arbeitete zunächst als Journalist und gehörte von 1994 bis 2018 dem Bayerischen Landtag an. Als Kultusminister amtierte er von 2008 bis 2018.

Das Referat des Antisemitismusbeauftragten ist in Bayern dem Leitungsgremium des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus von Michael Piazzolo zugeordnet. Spaenle soll die Interessen der in Bayern ansässigen Jüdinnen und Juden mit denen der Regierung verknüpfen. Zu Beginn seiner Amtszeit hatte Spaenle angeregt, eine Meldemöglichkeit für antisemitische Vorfälle einzurichten. Diese Anregung wurde im April 2019 mit der Einrichtung der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern) umgesetzt. Darüber hinaus leitet Spaenle gemeinsam mit Felix Klein die Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus.

Berlin

Im Mai 2019 wurde **Lorenz Korgel** zum **Ansprechpartner für Antisemitismus des Berliner Senats** ernannt. Die Stelle ist bei der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung angesiedelt. Ihre Einrichtung geht auf das im März 2019 vom Senat verabschiedete „Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention“ zurück. Korgel ist hauptberuflich als Referatsleiter für Demokratieförderung und Prävention in der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) tätig, die seit 2018 zur Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung gehört. Er übt das Amt kommissarisch aus, bis die Stelle nach der endgültigen Festlegung ihres Profils 2020 hauptamtlich besetzt werden soll.

Zu den Kernaufgaben des Ansprechpartners für Antisemitismus zählt die Abstimmung von Maßnahmen zur Antisemitismusprävention zwischen Bund und dem Land Berlin. Darüber hinaus koordiniert Korgel die Umsetzung der Maßnahmen des Landeskonzeptes zur Weiterentwicklung der Antisemitismusprävention. Er identifiziert Weiterentwicklungspotenziale und leitet einen Kreis von Experten aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und jüdischer Gemeinde. Zudem organisiert er den Austausch mit jüdischen Organisationen und mit Akteuren der Antisemitismusprävention.

Brandenburg

Anders als in den anderen Bundesländern entschied sich Brandenburg keinen Antisemitismus-

beauftragten zu ernennen. Stattdessen richtete das Land im Mai 2019 auf Anregung der Staatskanzlei eine **Fachstelle Antisemitismus** ein. Geleitet wird die Fachstelle von **Peter Schüler** (Bündnis 90/Die Grünen). Schüler ist bereits seit frühen 1990er Jahren landes- und kommunalpolitisch aktiv. Zudem setzt sich der Jurist unter anderem als Anwalt für Minderheiten ein.

Die Fachstelle soll die fachliche Expertise zum Thema Antisemitismus für Brandenburg erarbeiten und als Anlaufstelle für Betroffene und Ratsuchende dienen. Zugeordnet ist sie dem Potsdamer Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien (MMZ). Die Fachstelle will Diskriminierungserfahrungen sichtbar machen, sowie Akteure aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung fachlich beraten. Sie strebt eine enge Kooperation mit den jüdischen Gemeinden und Einrichtungen in Brandenburg an und will eine bessere Kooperation und Vernetzung aller Akteure im Phänomenbereich Antisemitismus sowie die Begleitung und Anregung interreligiöser Begegnungen im Land Brandenburg fördern.

Bremen

In Bremen hat man sich gegen die Berufung eines Antisemitismus-Beauftragten entschieden, aber im September 2019 ein umfassendes **Handlungskonzept „Stopp den Antisemitismus“** beschlossen. Das Konzept zielt darauf ab, öffentliche Institutionen für die Herausforderungen des Antisemitismus zu sensibilisieren. Darüber hinaus sollen zivilgesellschaftliche Akteure, die sich gegen Antisemitismus engagieren, stärker unterstützt werden. Das Land Bremen hat außerdem ein Kooperationsabkommen mit der „International School for Holocaust Studies“ in Yad Vashem (Jerusalem) sowie die Förderung von Austauschprogrammen beschlossen. Schließlich will sich Bremen an den Vorschlägen des Bundesbeauftragten Klein orientieren und dessen Empfehlungen auf Landesebene umsetzen.

Hamburg

Die Stadt Hamburg beschloss im Dezember 2019, einen Antisemitismus-Beauftragten an der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

(BASFI) anzusiedeln und einen »Runden Tisch« gegen Antisemitismus einzurichten. Der Beauftragte soll ebenfalls ehrenamtlich tätig sein und für drei Jahre ernannt werden. Die jüdische Gemeinde Hamburgs wird in den Prozess eingebunden und hat ein Vorschlagsrecht für das Amt des Antisemitismusbeauftragten erhalten.

Hessen

Der erste Antisemitismusbeauftragte des Landes Hessen, Prof. Felix Semmelroth (CDU), bekleidete sein Amt von Juli 2018 bis April 2019. Nachdem Semmelroth sein Amt aus gesundheitlichen Gründen aufgeben musste, folgte ihm der amtierende Bürgermeister der Stadt Frankfurt, **Uwe Becker** (CDU) als **Beauftragter der Hessischen Landesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen den Antisemitismus**.

Becker ist gelernter Bankkaufmann und wurde 2006 als Stadtrat für Soziales, Jugend und Sport in den Magistrat der Stadt Frankfurt gewählt. Seit 2007 ist er Stadtkämmerer und Kirchendezernent sowie seit 2016 Bürgermeister. Becker engagiert sich als Präsident der Freunde der Universität Tel Aviv in Deutschland und steht seit Oktober 2019 der Deutsch-Israelischen Gesellschaft als Präsident vor. Die Funktion des Antisemitismusbeauftragten ist der hessischen Staatskanzlei zugeordnet. Die Aufgabe des Beauftragten ist unter anderem, die Initiativen der Landesregierung zur Bekämpfung des Antisemitismus zu ergänzen und weiterzuentwickeln. Als unabhängiges Bindeglied zwischen den jüdischen Gemeinden in Hessen und der Landesregierung soll er Strategien gegen Judenhass entwickeln und als Kontaktperson für die Opfer von Judenfeindlichkeit zu Verfügung stehen. Seine Ernennung erfolgte in enger Abstimmung mit dem Jüdischen Landesverband Hessen und der Jüdischen Gemeinde Frankfurt.

Mecklenburg-Vorpommern

Im November 2019 wurde in Mecklenburg-Vorpommern **Dr. Hansjörg Schmutzler** zum (Landes-) **Beauftragten für jüdisches Leben in Mecklenburg-Vorpommern und gegen Antisemitismus** berufen. Schmutzler war zunächst Richter am Bundesverwaltungsgericht und später Abteilungsleiter im Wirtschaftsministerium des

Landes Mecklenburg-Vorpommern. Von 2007 bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand 2016 war Schmutzler als Abteilungsleiter und ständiger Vertreter der Staatssekretärin im Schweriner Justizministerium tätig. Seit Frühjahr 2015 war ihm auch das Referat Kirchenangelegenheiten und Angelegenheiten der religiösen Gemeinschaften zugeordnet. Schmutzler übt die Aufgabe des Antisemitismusbeauftragten im Ehrenamt aus.

Organisatorisch ist der Landesbeauftragte dem Landesjustizministerium zugeordnet, das seine personelle und sachliche Unterstützung sicherstellt. Der Landesbeauftragte will keine neuen Strukturen schaffen. Er ist Ansprechpartner für jüdische Gemeinden, Gruppen sowie Bürgerinnen und Bürger. Er wird Maßnahmen anregen, die das jüdische Leben in Mecklenburg-Vorpommern würdigen, unterstützen und fördern und für die Bekämpfung des Antisemitismus den unterschiedlichen Akteuren als Vermittler zur Verfügung stehen.

Niedersachsen

Nach längeren Vorbereitungen wurde im November 2019 **Dr. Franz Reiner Enste** zum **Niedersächsischen Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens** ernannt. Enste bekleidet die Position ehrenamtlich und übt seine Funktion unabhängig und frei von Weisungen aus. Er war zunächst als Richter am Verwaltungsgericht in Lüneburg und Stade tätig und fungierte dann fast zwanzig Jahre als Sprecher des Landestags. Bis zu seiner Pensionierung war er dann Sprecher der Niedersächsischen Landesregierung.

Organisatorisch ist die Geschäftsstelle des Beauftragten an das Niedersächsische Justizministerium angebunden. Enste ist der zentrale Ansprechpartner für die jüdischen Verbände in Niedersachsen sowie für alle im Bundesland lebenden Menschen jüdischen Glaubens. Er unterstützt die Interessen der jüdischen Verbände gegenüber der Landesregierung, entwickelt Empfehlungen zum Umgang mit Antisemitismus und sensibilisiert für das Thema Antisemitismus. Außerdem vertritt Enste das Land Niedersachsen gegenüber anderen Bundesländern und dem Bund sowie den von diesen geschaffenen Einrichtungen in

Fragen des Antisemitismus. Er erstellt jährlich einen Bericht über Antisemitismus und Maßnahmen zu dessen Bekämpfung in Niedersachsen.

Nordrhein-Westfalen

Die nordrhein-westfälische Landesregierung ernannte im November 2018 die ehemalige Bundesjustizministerin **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger** (FDP) zur **Antisemitismusbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen**. Die Rechtsanwältin wurde im Jahre 1990 in den deutschen Bundestag gewählt, dem sie bis 2013 angehörte. In dieser Zeit war sie von 1992 bis 1996 und von 2009 bis 2013 Bundesministerin der Justiz.

Die Stelle der Antisemitismusbeauftragten ist dem Geschäftsbereich von Ministerpräsidenten Armin Laschet zugeordnet. Leutheusser-Schnarrenberger ist Ansprechpartnerin für Opfer antisemitischer Übergriffe und Straftaten. Sie legt einen jährlichen Bericht vor und empfiehlt Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus in NRW. In diesem Zusammenhang richtet die Stadt Köln am dortigen NS-Dokumentationszentrum eine Anlaufstelle für Opfer von Antisemitismus ein, das Übergriffe erfassen und dokumentieren soll.

Rheinland-Pfalz

Im Dezember 2017 beschloss der Ministerrat des Landes Rheinland-Pfalz einen **Beauftragten der Ministerpräsidentin für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen** zu ernennen. Im Mai 2018 trat der SPD-Politiker **Dieter Burgard** diese Stelle an, die in der Staatskanzlei unmittelbar dem Geschäftsbereich der Ministerpräsidentin zugeordnet ist. Burgard war von 2001 bis 2010 Landtagsabgeordneter, ab 2010 Bürgerbeauftragter des Landes und ab 2014 zusätzlich Beauftragter für die Landespolizei. Er ist seit 1989 ehrenamtlich in der Gedenkarbeit tätig und gründete 2001 die Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zum Nationalsozialismus.

In seiner Funktion als Beauftragter ist Burgard Ansprechpartner für jüdische Gemeinden aber auch für Sicherheitsbehörden, Schulen und anderen

Einrichtungen. Zu seinen Aufgabenbereichen gehören die Sensibilisierung für das Thema Antisemitismus, die Gewährleistung freier Religionsausübung der 3500 jüdischen Gemeindemitglieder und die Pflege der 1700jährigen jüdischen Geschichte in Rheinland-Pfalz mit ihren hochrangigen jüdischen Lehrorten des Mittelalters Speyer, Worms und Mainz. Der Stelle des Beauftragten soll eine Meldestelle für antisemitische Vorfälle und Straftaten zugeordnet werden.

Saarland

Im Saarland bekleidet seit Januar 2019 **Prof. Dr. Roland Rixecker** das **Amt des Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus**. Rixecker ist Präsident des Verfassungsgerichtshofes des Saarlandes und war von 1985 bis 1995 Staatssekretär des Ministeriums der Justiz des Saarlandes sowie von 1995 bis 2016 Präsident des Saarländischen Oberlandesgerichts. An der Universität des Saarlandes lehrt er Staats- und Verwaltungsrecht und Privatversicherungsrecht.

Der Beauftragte wird durch den Landtag des Saarlandes gewählt. Seine Position ist ehrenamtlich und mit einer Geschäftsstelle im Landtag ausgestattet. Rixecker ist Ansprechpartner für jüdische Bürgerinnen und Bürger, Gruppen und Organisationen im Saarland. Darüber hinaus soll er auf antisemitische Haltungen und Äußerungen aufmerksam machen und antisemitischen Vorfällen vorbeugen. Zu seiner Unterstützung ist die Einrichtung einer unabhängigen Expertenkommission vorgesehen.

Sachsen

Im März 2019 wurde in Sachsen **Dr. Thomas Feist** (CDU) zum **Beauftragten der Staatsregierung für das jüdische Leben** berufen. Feist ist promovierter Musikwissenschaftler und war zwischen 2009-2017 Abgeordneter des Deutschen Bundestages. Seit 2018 ist Feist Berater für politische Kommunikation und Reputationsmanagement. 2019 übernahm er außerdem den Vorsitz der CDU Leipzig. Feists ehrenamtliche Position ist beim Sächsischen Staatsministerium für Kultus angesiedelt, wo ihn ein Expertenrat unterstützt.

Die Aufgaben des Antisemitismusbeauftragten im Freistaat sind die Stärkung jüdischen Lebens, die Durchführung von Begegnungs-, Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen, die Vernetzung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure sowie die Empfehlung von Unterstützungsmöglichkeiten. Feist wird regelmäßig über antisemitische Straftaten informiert und stellt Kontakte zwischen Sicherheitsbehörden, Verwaltungen und der Staatsanwaltschaft her. Er unterstützt außerdem die Einrichtung einer Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS Sachsen). Schließlich koordiniert Feist die Zusammenarbeit zwischen Staatsregierung, jüdischen Gemeinden und unterschiedlichen Akteuren der Zivilgesellschaft und fördert Austauschprogramme mit Israel.

Sachsen-Anhalt

Im November 2018 ernannte Sachsen-Anhalt **Dr. Wolfgang Schneiß** zum **Ansprechpartner für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus**. Schneiß ist als Referatsleiter in der Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt tätig und hier für die Bereiche Bildung, Wissenschaft, Digitalisierung und Religionsgemeinschaften zuständig.

Das Amt des Ansprechpartners für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus ist direkt beim Ministerpräsidenten angesiedelt und wird durch eine interministerielle Arbeitsgruppe aller Ressorts der Landesregierung unterstützt. Die weitere Ausstattung der Stelle befindet sich derzeit noch in Planung. Im Frühjahr 2020 will Schneiß ein Aktionsprogramm gegen Antisemitismus in Sachsen-Anhalt vorlegen, das u.a. die Beteiligung des Landes am Aufbau eines bundesweiten Meldesystems zur Erfassung antisemitischer Vorfälle konkretisiert.

Schleswig-Holstein

Am 1. März 2020 trat der ehemalige Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein **Peter Harry Carstensen** (CDU) das **Amt als Landesbeauftragter für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus** an. Der studierte Agrarwissenschaftler Carstensen war von 1983 bis 2005 Mitglied des

Deutschen Bundestages und von 2005 bis 2012 Ministerpräsident.

Die Stelle des Landesbeauftragten ist dem von Karin Prien geleiteten Bildungsministerium zugeordnet. In den kommenden Wochen will Carstensen Kontakte zu den anderen Antisemitismusbeauftragten herstellen und eine Bestandsaufnahme bisheriger Maßnahmen des Landes im Bereich Antisemitismusprävention durchführen. Carstensen hat sich bereits vor seiner Ernennung für die Interessen der jüdischen Gemeinden im Bundesland eingesetzt. Zum Amtsantritt betonte er, dass er sich für die Selbstverständlichkeit jüdischen Lebens in Schleswig-Holstein einsetzen wolle.

Thüringen

Im Januar 2019 ist **Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff** (DIE LINKE) zum **Beauftragten für jüdisches Leben in Thüringen und die Bekämpfung des Antisemitismus** berufen worden. Von 2006 bis 2011 war Hoff Staatssekretär für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz im Senat von Berlin. 2014 wurde er Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei des Freistaates Thüringen. Seit 2019 ist er zusätzlich noch amtierender Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft. Das Kabinett RameLOW II hat ihn am 4. März in seinen Positionen bestätigt. Hoff ist außerdem Honorarprofessor an der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin.

Als Chef der Staatskanzlei kommt Hoff auch im Themenfeld der Bekämpfung des Antisemitismus eine koordinierende Funktion zu. Die Zuständigkeiten für einzelne Präventionsbereiche verteilen sich entsprechend der jeweiligen Thüringer Ministerien. So verantwortet das Thüringer Bildungsministerium die Lehrerfortbildung und Lehrplanentwicklung des Landes hinsichtlich des Themas Antisemitismus. Das Justizministerium führt im Rahmen des „Thüringen-Monitor“ Statistik über rechtsextremistisch bzw. fremdenfeindlich motivierte Straftaten. Im Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales werden Kriminalitätsentwicklungen und Handlungsfelder erfasst und analysiert, um präventive Strategien zu entwickeln. Zugleich unterstützt die Landesregierung das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ)

in Jena im Bereich wissenschaftlicher Antisemitismusforschung. Geplant ist zudem eine feste Dokumentationsstruktur, die mit bundesweiten Erfassungsinstrumenten kompatibel sein soll. Im

Rahmen der Erinnerungskultur in Bezug auf den Nationalsozialismus kooperiert Thüringen außerdem mit den unterschiedlichen Gedenkstätten im Land.

Impressum

Die Autoren

Bruno Hamm-Pütt hat Jüdische Studien und Philosophie in Potsdam studiert und ist Studentische Hilfskraft in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Dr. Andreas Jacobs ist Leiter der Abteilung Gesellschaftlicher Zusammenhalt in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Andreas Jacobs

Leiter Gesellschaftlicher Zusammenhalt
Hauptabteilung Analyse und Beratung
T +49 30 / 26 996-3744
Andreas.Jacobs@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020, Sankt Augustin/Berlin
Gestaltung & Satz: yellow too Pasiek Horntrich GbR



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)